

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das **werktätige Volk**

Verkaufsstelle: Edelh. Staatsb. Dresden,
Bank der Arbeiter, Anzeigstellen
und Beamten, A. M. Dresden,
Gebrüder Reinhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Zeitungen (ausgenommen die Zeitungen der Arbeiterbewegung) ist durch die Beschlüsse der Reichsregierung vom 1. April 1933 auf die Beschlüsse der Reichsregierung vom 1. April 1933 zurückzuführen.

Abrechnung mit dem alten Gewaltstern
H. Madrid, 16. April. (Eig. Zus.) Die Regierung hat in ihrem ersten Ministerrat u. a. beschlossen, in den nächsten Tagen drei große Projekte anzuhängen zu machen. Zunächst soll der durch Primo de Rivera im Jahre 1928 unterzeichnete Vertrag zur Unterbindung der Verantwortlichkeit des spanischen Exeres in Marokko und der politischen Verantwortlichkeiten für die Katastrophe wieder aufgenommen werden. Der zweite Projekt soll die Unterbindung der Verantwortlichkeit finanzieller und anderer Art während der ersten Diktatur. Der dritte Punkt ist eine Revision des Staatsrechtsverhältnisses gegen die erlassenen Verfügungen der Amtshauptmannschaft vom letzten Dezember, dem Landes- und Hauptmann Galán, hinaus. Man will den beiden Wärtinnen wenigstens nach ihrem Tode gerecht werden. Ihren Namen wurde inzwischen von der provisorischen Regierung auf Lebenszeit eine Ehrenpension ausbezahlt.

Nr. 88 Dresden, Donnerstag, den 16. April 1931 42. Jahrgang

Spanische Freiheitsgarantien

Erste Erlasse der republikanischen Regierung

H. Madrid, 16. April. (Eig. Zus.) In einer sechs Artikel bestehenden Erklärung der spanischen Regierung wird zunächst allen Staatsbürgern die persönliche und kulturelle Freiheit zugesichert und festgestellt, daß die Gewissensfreiheit, Glaubensfreiheit und Kulturfreiheit respektiert werden sollen. Aus diesem Grunde verzichtet die provisorische Regierung auf die dem Staat gegebene Minderheitsrechte, von den Bürgern eine Erklärung über ihre religiöse Überzeugung zu fordern. Außerdem wird in der Erklärung als Grundgesetz der neuen Rechtsauffassung die Rechtsfähigkeit der Spanier anerkannt. Sie sollen als Grundgesetz des neuen Sozialrechts angesehen werden. Schließlich erkennt die provisorische Regierung das Privateigentum als ein Recht, das garantiert an und stellt fest, daß die Regierung im künftigen Verfassungsverfahren das Parlament zum Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit geben wird. Der sollen u. a. auch die Verhandlungen der gestürzten Regierung seit der Auflösung des letzten Parlaments im Jahre 1931 einer Nachprüfung unterzogen werden.

Auf Grund des Volkswillens

Die bevollmächtigte Regierung bekennt sich zur Gerechtigkeit

Der amtliche Staatsanzeiger hat am Mittwoch das provisorische Statut der neuen republikanischen Regierung veröffentlicht. Es lautet: In dem Augenblick, in dem die provisorische Regierung auf Grund des Volkswillens die Macht übernimmt, muß sie eine gebieterische politische Pflicht, indem sie vor Spanien bestätigt, daß die in der Regierung vertretene Mehrheit nicht nur auf eine einfache Mehrheitsentscheidung der Wähler für die Befreiung unseres Vaterlandes von der Struktur des monarchischen Regimes zurückzuführen zu sondern auch auf die Notwendigkeit, als Basis der Organisation des Staates die Regeln der Gerechtigkeit zu stellen, die das Land verlangt. Die provisorische Regierung nimmt auf Grund ihres Charakters als oberster Organismus, der die souveränen Funktionen im Staat ausüben muß, die hohe und schwere Aufgabe an, als bevollmächtigte Regierung zu handeln. Sie hat es nicht nötig, die Rechte der Bürger aufzuzählen, deren Prinzipien und konkrete Regelungen zu der verfassunggebenden Nationalversammlung verlegt werden müssen. Da jedoch die Regierung ihr Amt nicht in willkürlicher Weise ausüben will, bekräftigt sie feierlich, daß ihre Tätigkeit juristischen Regeln unterworfen wird, die dazu dienen sollen, daß Spanien und die spanischen Organismen die leitenden Prinzipien kennen lernen, die den später zu erlassenden Verordnungen zugrunde liegen werden sollen.

In dem Ministerrat, der spät in der Nacht zum Donnerstag zu Ende war, sind mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Die Regierung wird heute vom künftigen Schicksal des Reiches mit Hilfe eines Ratars soll ein Inventarbestand aufgenommen und anschließend sämtliche Räume verriegelt werden. Die Regierung hat sich ferner mit der Auswanderung der spanischen Bevölkerung beschäftigt und in dieser Beziehung strenge Maßnahmen beschlossen, die noch nicht veröffentlicht worden sind. Schließlich hat

die Regierung zwei Verordnungen erlassen. Die erste sieht eine Abänderung des von Primo de Rivera erlassenen Strafgesetzes vor, die zweite die Aufhebung der von der Diktatur eingesetzten bewaffneten Jüngerorganisationen (Somaten). Die Regierung hat an alle diplomatischen Vertreter im Ausland ein Mundstillschreiben geschickt, indem sie diese von der Ausübung der Mitarbeit in Kenntnis setzt und sie beauftragt, den fremden Regierungen davon Mitteilung zu machen.

Abrechnung mit dem alten Gewaltstern

H. Madrid, 16. April. (Eig. Zus.) Die Regierung hat in ihrem ersten Ministerrat u. a. beschlossen, in den nächsten Tagen drei große Projekte anzuhängen zu machen. Zunächst soll der durch Primo de Rivera im Jahre 1928 unterzeichnete Vertrag zur Unterbindung der Verantwortlichkeit des spanischen Exeres in Marokko und der politischen Verantwortlichkeiten für die Katastrophe wieder aufgenommen werden. Der zweite Projekt soll die Unterbindung der Verantwortlichkeit finanzieller und anderer Art während der ersten Diktatur. Der dritte Punkt ist eine Revision des Staatsrechtsverhältnisses gegen die erlassenen Verfügungen der Amtshauptmannschaft vom letzten Dezember, dem Landes- und Hauptmann Galán, hinaus. Man will den beiden Wärtinnen wenigstens nach ihrem Tode gerecht werden. Ihren Namen wurde inzwischen von der provisorischen Regierung auf Lebenszeit eine Ehrenpension ausbezahlt.

Am Mittwoch mittag wurde vom Portal des Kriegsministeriums die Künigskrone heruntergeholt. Am die gleiche Zeit führten große Menschenmassen die an einen Galgen gehängte Kappe des Königs durch die Straßen.

Rundgebungen am Nationalfeiertage

H. Madrid, 17. April. (Eig. Zus.) Der Nationalfeiertag in Spanien ist im allgemeinen ruhig verlaufen. In allen Städten fanden große Freudenkundgebungen statt, bei denen Huldigungen an die Republik und Niederlagen gegen die Monarchie ausgesprochen wurden. In einigen Orten, so in Madrid, wurden Kongressgebäude demoliert. — In Malaga drang die Menge in die Geschäftsräume einer monarchistischen Zeitung ein, zerstörte alle Maschinen und Einrichtungen und steckte das Gebäude in Brand. In Salamanca und Bilbao meuterten die Gefangenen, ohne daß es jedoch zu Plünderungen kam. In Duclava schloß die Auswanderung auf die Menge, die sich trotz wiederholten Aufforderungen nicht zerstreuen wollte. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere andere Personen wurden verletzt.

Alfons macht noch Ansprüche

Er will „nicht verzichtet“ haben
Das vom geflüchteten König hinterlassene Manifest an die spanische Nation ist jetzt bekannt. Der Erlaß lautet in ihm die Gründe seiner Forderung an, einander und erklärt, er könne nicht glauben, daß trotz des empfindlichen republikanischen Wahlsieges das spanische Volk „wirklich“ republikanisch gefaßt sei. Er spricht deshalb die Hoffnung aus, daß das spanische Volk die alte Dynastie „bald zurückrufen“ werde. Alfons schmeißt dann: „Ich verzichte auf keines meiner Rechte, weil sie über meine Ansprüche hinaus das von der Geschichte angelegte Gut sind und weil ich eines Tages strenge Rechenschaft über die Verwaltung dieses Schatzes abzugeben haben werde. Ich warte den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung des Volkes ab und sehe freudig die Ausübung der königlichen Gewalt so lange aus, bis die Nation sich geäußert hat. Ich entferne mich aus Spanien. Hiermit erkläre ich an, daß Spanien allein Herr seines Geschicks ist. Auch heute a. a. e. ich die mir durch die Liebe zu meinem Vaterland diktierte Pflicht zu erfüllen. Ich flehe Gott an, daß die übrigen Spanier sich ihrer Pflicht ebenfalls so tief bewußt sein mögen wie ich.“

Kreuz und Hakenkreuz

Der katholisch-völkische Gegensatz - Die Nazis in der Klemme

Unter der Leitung des Kabinetts Präminas hat der politische und religiöse Katholizismus (Zentrum, Vaterländische Volkspartei und katholische Kirche) in den letzten Monaten und Wochen seinen Widerstand gegen den völkischen Faschismus vollzogen. Alle deutschen Bischöfe haben nacheinander den Nationalsozialismus als eine lehrerliche Irreligiöse Irreligiöse erklärt und jedem Katholiken verboten, Mitglied der NSDAP zu werden oder gar in Wort und Schrift für die Partei des deutschen, teutonischen Nationalismus zu wirken. Da die Nazis aber baldig an die Regierung kommen möchten, macht die NSDAP gegenwärtig alle Anstrengungen, um mit dem Zentrum zu einem Kompromiß zu gelangen. Im deutschen Spiegel sieht das alles in den katholischen Kreisen. Unter Würdigen Berichterstatter sendet uns dazu folgende Situationsberichte.

Die Nazis aber baldig an die Regierung kommen möchten, macht die NSDAP gegenwärtig alle Anstrengungen, um mit dem Zentrum zu einem Kompromiß zu gelangen. Im deutschen Spiegel sieht das alles in den katholischen Kreisen. Unter Würdigen Berichterstatter sendet uns dazu folgende Situationsberichte.

Die Nazis aber baldig an die Regierung kommen möchten, macht die NSDAP gegenwärtig alle Anstrengungen, um mit dem Zentrum zu einem Kompromiß zu gelangen. Im deutschen Spiegel sieht das alles in den katholischen Kreisen. Unter Würdigen Berichterstatter sendet uns dazu folgende Situationsberichte.

Die Nazis aber baldig an die Regierung kommen möchten, macht die NSDAP gegenwärtig alle Anstrengungen, um mit dem Zentrum zu einem Kompromiß zu gelangen. Im deutschen Spiegel sieht das alles in den katholischen Kreisen. Unter Würdigen Berichterstatter sendet uns dazu folgende Situationsberichte.



Die führenden Mitglieder der neuen spanischen Regierung

Präsident Zamora Arbeitsminister Caballero (Soz.) Außenminister Ferrroug Justizminister Fernando de los Rios (Soz.)

Das Bild rechts zeigt den jetzigen Ministerpräsidenten Zamora im Kerker, wo ihn die monarchische Diktatur bis vor einigen Wochen festhielt. — Ganz rechts: Oberst Macia, der Präsident der mit eigener Regierung errichteten Republik Katalonien.